



An den
Landrat des Kreises Unna
Herr Michael Makiolla
Kreishaus Unna
Friedrich-Ebert-Straße 17
59425 Unna

20 März 2019

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

für Ihr Schreiben, in dem Sie sich mit den möglichen Konsequenzen aus dem Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auseinandersetzen, danke ich Ihnen ebenso sehr wie für die Zusage der Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten zur Unterstützung bei der Umsetzung.

Das Ergebnis der Kommission bietet uns die Möglichkeit zu langfristig haltbaren Weichenstellungen der Energiepolitik zurückzukehren und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in deren Verlässlichkeit zurückzugewinnen. Der breite Konsens zwischen den betroffenen Regionen, der Industrie und Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Umweltverbänden und vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen bietet Chancen

- für einen substantiellen Beitrag zum Klimaschutz;
- für die nachhaltige Befriedung eines polarisierten Konflikts in unserer Gesellschaft;
- für klare Perspektiven für alle Akteure in unserer Braunkohleregion – Bewohner, Unternehmen, Beschäftigte;
- darüber hinaus aber auch die Menschen und die Unternehmen im ganzen Land, wenn es um eine bezahlbare und sichere Energieversorgung geht.

Die Landesregierung wird mit ihrer Arbeit deshalb auf dem Kommissionsergebnis aufbauen. Wir wollen den Konsens aus Berlin in einen Konsens hier in Nordrhein-Westfalen und besonders vor Ort in den betroffenen Regionen übersetzen.

Wir haben uns in den zurückliegenden Monaten intensiv in die Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingebracht und auch gegenüber der Bundesregierung unsere Landesinteressen deutlich zum Ausdruck gebracht. Dazu gehört unter anderem, dass auch an ggf. besonders betroffenen Kraftwerksstandorten außerhalb des Rheinischen Reviers Strukturbrüche und soziale Härten bei den betroffenen Beschäftigten verhindert und klimapolitisch motivierte Eingriffe durch strukturpolitische Maßnahmen flankiert werden müssen.

Gleichwohl gilt, dass die Entscheidungen über die Ausgestaltung ggf. erforderlicher Maßnahmen im Einzelfall zu treffen sind und auf die Situation am jeweiligen Kraftwerksstandort bezogen werden müssen. Aussagen zu konkreten Maßnahmen können daher erst dann getroffen werden, wenn die weiteren Entwicklungen absehbar sind. Dazu bedarf es zunächst der Verständigung zwischen Bundesregierung und Kraftwerksbetreibern, welche konkreten Kapazitäten zur Stilllegung vorgesehen werden.

Die Landesregierung befindet sich derzeit in einem intensiven Verhandlungsprozess mit der Bundesregierung über die konkrete Umsetzung der Empfehlungen der Kommission. Die Frage der Steinkohlekraftwerksstandorte wird in diesem Rahmen weiterhin mit Nachdruck durch die Landesregierung vertreten. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier adäquate Lösungen erreichen werden.

Aus der Diskussion des Chefs der Staatskanzlei, Herrn Nathanael Liminski, mit den Hauptverwaltungsbeamten im Kommunalrat des RVR ist mir bekannt, dass die Themen Nachnutzung von Industrieflächen und Flächenbereitstellung insgesamt hohe Aufmerksamkeit genießen.

Vergleichbare Meldungen erreichen mich auch aus dem Kreise der Kammern und Unternehmer.

Wir haben daher die Gelegenheit noch einmal genutzt und das Themenforum in Verantwortung der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, Frau Ina Scharrenbach, mit einem Schwerpunkt nachgeschärft, der das Thema Nach- und Umnutzung von Industrieflächen zum Inhalt hat.

Innerhalb der Landesregierung ist der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Herr Prof. Dr. Pinkwart, sowohl für die energiepolitischen als auch für die strukturpolitischen Aspekte des von Ihnen angesprochenen Themas zuständig und wird Ihnen mit Blick auf die anstehenden Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zum Dialog auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Armin Laschet', with a stylized flourish at the end.

Armin Laschet